

Zimmermann, Klaus F.; Wittenberg, Erich

Article

Wir brauchen mehr Bildungsausgaben, um auf einen Wachstumspfad zu kommen: Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F.; Wittenberg, Erich (2009) : Wir brauchen mehr Bildungsausgaben, um auf einen Wachstumspfad zu kommen: Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 41, pp. 693-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151857>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sieben Fragen an Klaus F. Zimmermann

„Wir brauchen mehr Bildungsausgaben, um auf einen Wachstumspfad zu kommen“



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann,
Präsident
des DIW Berlin

Herr Professor Zimmermann, Deutschland hat eine neue Bundesregierung und eine ganze Menge Probleme. Wo besteht der dringendste Handlungsbedarf?

Ganz entscheidend ist die Sanierung des Haushalts. Hier hatten wir in den guten Zeiten nicht genügend gespart. Wir haben jetzt durch die Wirtschaftskrise eine große Fülle von Altlasten übernommen, sodass wir damit rechnen müssen, dass wir in wenigen Jahren zweitausend Milliarden Euro Staatsschulden haben, also etwa ein Drittel mehr als vor der Krise.

Sowohl FDP als auch Union haben Steuersenkungen versprochen. Wie lange wird es dauern, bis dieses Wahlversprechen gebrochen wird?

Das kann nicht länger als zwei Jahre dauern, denn dann werden alle gemerkt haben, dass die Defizite im Haushalt so groß sind, dass man auch um Einnahmesteigerungen nicht mehr herumkommt. Dabei werden die Mehrwertsteuer, die Grundsteuer oder auch die Energiesteuern im Mittelpunkt stehen.

Wie sollte die neue Regierung mit dem Staatsbudget umgehen?

Man wird sich aus der Not heraus einen ausgewogenen Mix aus Kürzungen und Steuererhöhungen vornehmen müssen. Man wird versuchen müssen, bei den Personalkosten, bei den sozialen Transfers und den Subventionen zu sparen.

Die erste Schockwelle der Finanzmarktkrise scheint zunächst überstanden. Müssen die Finanzmärkte nicht dennoch stärker reguliert werden?

Hier ist viel zu wenig passiert. Wir müssen die Kontrollinstrumente generell stärken, wir müssen aber auch erkennen, dass wir viele Probleme selbst geschaffen haben, wie etwa bei den Landesbanken. Diese Probleme müssen wir beseitigen und möglicherweise einen großen Teil der Landesbanken privatisieren. Zudem müssen wir mehr internationale Vereinbarungen schließen, um bei einer neuen Krise schneller handeln zu können.

Schwarz-Gelb will die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängern. Halten Sie das für eine zeitgemäße Energiepolitik?

Wir kommen um die Verlängerung der Laufzeiten nicht herum. Wenn wir die CO₂-Emissionen massiv reduzieren wollen, werden die Atomkraftwerke leider noch einige Zeit gebraucht. Am besten ist es, die zusätzlichen Gewinne zur Förderung umweltfreundlicher Energieerzeugung einzusetzen.

Welche Probleme warten in der Bildungspolitik?

Die Bildungspolitik hat ein Finanzierungsproblem. Wir haben uns beim Bildungsgipfel 2008 darauf verständigt, dass wir bis zu zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 für Bildung, Forschung und Entwicklung einsetzen wollen. Das wird angesichts der Finanzkrise sehr schwierig werden, aber da müssen wir hin, wenn wir auf einen Wachstumspfad wollen. Innerhalb der Bildungspolitik kommt es insbesondere darauf an, die Qualität der vorschulischen Erziehung zu verbessern. Hier haben wir den größten Nachholbedarf.

Welcher Weg sollte bei den Renten gegangen werden?

Bei der Rentengarantie ist sehr vordergründig auf die Gegenwart geschaut worden, ohne die langfristigen Konsequenzen zu bedenken. Das Herumdoktern an der vereinbarten Rentenformel wird in schon wenigen Jahren zu erheblichen Mehrbelastungen führen. Allgemein gilt, dass die Rentensituation nur gelöst werden kann, indem wir Leistungen senken, die Beiträge erhöhen oder länger arbeiten. Bei diesen Alternativen ist die längere Arbeitszeit die verträglichste Lösung – die Menschen leben heute doch auch viel länger als noch in den 50er oder 60er Jahren und sind im Schnitt auch viel länger gesund. Die Rente mit 67 muss deshalb bleiben, es muss darüber hinaus sogar darüber nachgedacht werden, die Renteneintrittszeiten noch zu verlängern.

„In zwei Jahren werden alle gemerkt haben, dass wir um Steuererhöhungen nicht herumkommen.“

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.